

Brennpunkt Kolumbien

Einer der Brennpunkte auf dem latein-amerikanischen Kontinent ist neben Venezuela das Nachbarland Kolumbien.

So traten im März mehr als 12 000 Indigene in vier Departements des zentralen Südwestens des Landes in einen Generalstreik und blockierten eine der wichtigsten Bundesstraßen, die Panamericana, mit Dutzenden Straßensperren. Sie forderten endlich verbindliche Zusagen über 1000 Vereinbarungen, die seitens der Regierung ständig gebrochen werden. Es kam zu schwersten gewaltsamen Auseinandersetzungen zwischen den Streikenden und der Polizei und Armee mit Toten und Verletzten.

Solche Tatsachen wie diese oder der Generalstreik in Buenaventura, wo sogar Kinder ihr Leben lassen mußten, werden totgeschwiegen.

Die rechte kolumbianische Vizepräsidentin Marta Lucía Ramírez erklärte kürzlich Venezuela zu einer „Bedrohung für die Sicherheit Kolumbiens und die regionale Sicherheit“. Verantwortlich dafür sei eine „kriminelle Diktatur“, die das Volk unterdrücke. Im weiteren sprach sie von der „humanitären Tragödie, in der wir das venezolanische Volk leben sehen. Bei jeder Gelegenheit flüchtet die Bevölkerung, um ein Minimum an Lebensqualität außerhalb ihres Landes zu finden.“

Unter den Tisch gekehrt wird dabei, daß es laut UNHCR in Kolumbien im Juni 2018 rund 7,7 Millionen inländische Flüchtlinge gab. Mittlerweile dürfte die 8-Millionen-Grenze erreicht sein. Damit ist es das Land mit den weltweit meisten Binnenflüchtlingen.

UN-Menschenrechtsbeauftragte nennen die Situation in Kolumbien „dramatisch“. Die Zahl der bedrohten Menschenrechtsaktivisten und die Zahl der politischen Morde steigen massiv an. Bekannt ist, daß Menschen, die sich lokal engagieren, Opfer gezielter Morde werden. So wird geschätzt, daß allein in dieser Personengruppe seit 2016 etwa 335 Aktivisten ermordet wurden. Seit Beginn dieses Jahres wird statistisch alle 48 Stunden ein Mensch getötet. Besorgniserregend ist zudem, daß nur etwa 50 Prozent der Fälle juristisch verfolgt werden. Hauptverantwortlich dafür dürften die paramilitärischen Einheiten sein, die ja angeblich nicht existieren. Daß diese die Hauptverantwortlichen für die getöteten Zivilisten der letzten 60 Jahre sind, zeigt sich anhand der Zahlen des Konflikts. Sie haben fast dreimal so viele Zivilisten durch Massaker, gezielte Morde und Verschwindenlassen getötet wie die Guerillas, circa 95 000.

Man befürchtet, daß die „Sicherheits- und Verteidigungspolitik“ von Kolumbiens Präsident Iván Duque dem Paramilitarismus einen legalen Weg ebnet wird. So sollen Netzwerke von Bürgern gegründet werden, die „angesichts einer Bedrohung“ in Kooperation mit den Sicherheitskräften reagieren sollen. Der Plan sieht laut Duque vor, eine Million Menschen bis Ende des Jahres zu diesem Zweck zu gewinnen. Solche Maßnahmen hatten vergangene Regierungen bereits getroffen. Sie endeten in der Ausbreitung paramilitärischer

Strukturen. Schließlich ist es sehr verlockend, die Drecksarbeit von den Paramilitärs statt vom Militär erledigen zu lassen.

In Kolumbien darf heute etwa ein Andrés Felipe Rojas, Vorsitzender der ultrarechten Nationalistischen Partei Kolumbiens (PNC), offen zum Mord am linken kolumbianischen Senator Gustavo Petro aufrufen.

Was den Drogenhandel betrifft, ist es sehr leicht, alle Verantwortung auf andere abzuwälzen und den Venezolanern vorzuwerfen, daß diese ihn in großem Stil betreiben. Der Koka-Anbau in Kolumbien ist bis Ende 2017 auf 171 000 Hektar und die potentielle Kokain-Produktion auf 1379 Tonnen jährlich

Prüfungsmission in Kolumbien vorgelegt. Darin wird die Umsetzung des Friedensabkommens mit der FARC, das 2016 in Havanna unterzeichnet worden war, bewertet. Die fortlaufenden Morde an Mitgliedern sozialer Bewegungen und Menschenrechtsverteidigern seien besorgniserregend, heißt es im Bericht.

Politischen Gefangenen aus der Guerillaorganisation Nationale Befreiungsarmee (ELN) in Kolumbien berichten von massiven Verletzungen ihrer Rechte.

Ich selbst habe an der Wahlveranstaltung des Herrn Duque 2018 in Cartagena teilgenommen. Soweit ich mich erinnern kann,



Victor-Jara-Graffito an einer Wand in Chile

gestiegen. Tatsächlich ist die kolumbianische Regierung nicht in der Lage, dieses Problem zu lösen.

Kolumbiens Machthaber werfen der venezolanischen Regierung rechtswidriges Handeln vor, obwohl sie wissen, daß diese 2018 ordnungsgemäß entsprechend gültigem Recht gewählt worden war. Man kann ihr nicht anlasten, daß andere politische Gruppierungen die Wahlen boykottierten. Und wie war das bei den Präsidentenwahlen 2018 in Kolumbien? Gab es da nicht eine politische Partei, die FARC, die ihren Wahlkampf vorzeitig beenden mußte, weil ihre Mitglieder massiv mit dem Leben bedroht wurden? Die Sicherheitskräfte konnten oder wollten nichts unternehmen. Wie kann man da von fairen, demokratischen Wahlen sprechen?

Gegenwärtig scheint sich der Massenmord an Mitgliedern der ehemaligen Guerilla Revolutionäre Streitkräfte Kolumbiens (FARC) zu wiederholen, der an der Linkspartei Unión Patriótica (UP) zwischen 1984 und 2002 verübt worden war. Nach offiziellen Angaben spricht man von 4153 ermordeten, verschwundenen oder entführten Mitgliedern der UP. Darunter fallen die Präsidentschaftskandidaten Bernardo Jaramillo und Jaime Pardo Leal.

Der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen (UN) hat einen Bericht über ihre

versprach der jetzige Präsident den Wählern, Recht und Ordnung im Land durchzusetzen. Wann wird er endlich beginnen, diese Wahlversprechen im Angriff zu nehmen? Ich spreche von dem Recht der Bauern, Fischer, Hafentarbeiter, der kleinen Straßenhändler und der jungen Mütter mit ihren Kleinkindern, die am Straßenrad Bonbons verkaufen, um zu überleben. Wann bekommen diese ihr Recht, in Frieden zu leben?

Es ist schon interessant zu hören, daß der Bürgermeister der kolumbianischen Grenzstadt Cúcuta, César Rojas, Präsident Duque auffordert, den „Cucuteños“, die unter Armut, Arbeitslosigkeit und sozialen Problemen leiden, humanitäre Hilfe zukommen zu lassen. Er schlug vor, die aus den USA gelieferten, für Venezuela vorgesehenen Hilfsgüter – darunter Lebensmittel und Medikamente – für die Bürgerinnen und Bürger vor Ort zu nutzen.

Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier war vor wenigen Monaten zu Besuch bei Präsidenten Duque in Kolumbien. Laut Bericht der Medien wurde hauptsächlich über die Situation in Venezuela gesprochen, weniger über die landeseigenen Probleme, die gelöst werden müssen. Für mich ist das sehr verwunderlich, da Venezuela seit 1811 nicht mehr zu Kolumbien gehört.

Peter Blöth
Penzberg